

Gebhardt, Birgit

Die Tagesschule der DDR. Betrachtungen zum sozialistischen Konzept der Ganztageserziehung

Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 6, S. 991-1006



Quellenangabe/ Reference:

Gebhardt, Birgit: Die Tagesschule der DDR. Betrachtungen zum sozialistischen Konzept der Ganztageserziehung - In: Zeitschrift für Pädagogik 39 (1993) 6, S. 991-1006 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-113025 - DOI: 10.25656/01:11302

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-113025>

<https://doi.org/10.25656/01:11302>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 39 – Heft 6 – November 1993

Essay

- 891 DIETRICH BENNER
Über die Aufgaben der Pädagogik nach dem Ende der DDR

Thema: Jugend

- 909 WERNER SCHEFOLD/WALTER HORNSTEIN
Pädagogische Jugendforschung nach der deutsch-deutschen Einigung
- 931 HANS MERKENS/DIETER KIRCHHÖFER
Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Freizeit Ost- und Westberliner Schüler
- 953 BERNHARD NAUCK
Regionale und sozialstrukturelle Differenzierung der Kindschaftsverhältnisse in Deutschland
- 971 BÄRBEL KRACKE/PETER NOACK/MANFRED HOFER/
ELKE KLEIN-ALLERMANN
Die rechte Gesinnung: Familiäre Bedingungen autoritärer Orientierungen ost- und westdeutscher Jugendlicher

Diskussion

- 991 BIRGIT GEBHARDT
Die Tagesschule der DDR. Betrachtungen zum sozialistischen Konzept der Ganztagserziehung
- 1007 NORBERT HILGENHEGER
Kann Flattersinn die HERBART-Forschung beflügeln? HERBARTS KANT-Kritik in der Frühschrift „Über die ästhetische Darstellung der Welt als Hauptgeschäft der Erziehung“ aus der Vogelperspektive
A. LANGEWANDS

- 1015 ALFRED LANGEWAND
Pädagogische Applikation und erziehungswissenschaftliche
Forschung. Eine Replik auf N. HILGENHEGER

Besprechungen

- 1023 JÜRGEN REULECKE
Christa Berg (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte.
Bd. IV: 1870–1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Er-
sten Weltkriegs
- 1025 FRITZ-PETER HAGER
Klaus Goffmann/Christoph Th. Scheilke (Hrsg.): Jan Amos Comenius
1592–1992. Theologie und pädagogische Deutungen
Johann Amos Comenius: Leben, Werk und Wirken.
Autobiographische Texte und Notizen
- 1030 DANIEL TRÖHLER
Toshiaki Miyazaki: Pestalozzi und seine Lektüre. Entfaltung des
Bewußtseins über Bildung, Schule und Gesellschaft

Dokumentation

- 1035 Pädagogische Neuerscheinungen

Contents

Essay

- 891 DIETRICH BENNER
The Tasks of Pedagogics After the End of the GDR

Topic

- 909 WERNER SCHEFOLD/WALTER HORNSTEIN
Pedagogical Research on Adolescents After the German Reunification
- 931 HANS MERKENS/DIETER KIRCHHÖFER
Similarities and Differences in Leisure-Time Activities of East- and West-Berlin Pupils
- 953 BERNHARD NAUCK
Regional and Socio-Structural Differentiation of Parent-Child-Relationships in Germany
- 971 BÄRBEL KRACKE/PETER NOACK/MANFRED HOFER/
ELKE KLEIN-ALLERMANN
The Rightist Attitude: Family-related conditions of authoritarian orientations among young people from East and West Germany

Discussion

- 991 BIRGIT GEBHARDT
Whole-Day Schools in the GDR – Reflections on the socialist concept of whole-day education
- 1007 NORBERT HILGENHEGER
Can research on HERBART be enhanced by flightiness? HERBART's critique of KANT in his early work "On the aesthetic representation of the world as the main task of education" seen from A. LANGEWAND's bird's-eye view
- 1015 ALFRED LANGEWAND
Pedagogical Application and Educational Research.
A reply to N. HILGENHEGER

BIRGIT GEBHARDT

Die Tagesschule der DDR

Betrachtungen zum sozialistischen Konzept der Ganztagserziehung

Zusammenfassung

Schulpolitisch stand das Jahr 1960 in der DDR ganz im Zeichen der Kampagne um die Tagesschule. Nachdem 1958 für alle Schüler der polytechnische Unterricht und 1959 die 10klassige polytechnische Oberschule als Regelschule eingeführt worden waren, sollte 1960 – sozusagen als dritter Schritt bei der sozialistischen Reorganisation des Bildungswesens – in allen Schulen zur Ganztagserziehung übergegangen werden. Anhand bisher noch unerschlossener Archivalien und Dokumente wird untersucht, welche Intentionen die SED-Führung mit der Propagierung der Tagesschule verfolgte und weshalb dieses Projekt bereits Ende 1960 wieder aufgegeben wurde.

Die Geschichte der Tagesschule der DDR ist noch nicht geschrieben. Es gibt kaum Publikationen über die Tagesschule, und die wenigen vorhandenen stammen aus den 60er Jahren (u. a. DREWELOW 1962; Beiträge 1964; LINDNER 1968). Liest man spätere Darstellungen über die Entwicklung der DDR-Schule, so findet man – wenn überhaupt – nur zaghafte Hinweise darauf, daß es in der DDR je so etwas wie eine Tagesschule gegeben hat. Experimente zur Erprobung von „Systemen der ganztägigen Erziehung“ bzw. eine „begrenzte Anzahl von Tagesschulen“ werden erwähnt (GÜNTHER/UHLIG 1974, S. 182; WATERKAMP 1987, S. 136¹).

Ganz anders stellt sich die Situation dar, schlägt man z. B. den Jahrgang 1960 der „Deutschen Lehrerzeitung“ auf. Hier folgt ein Beitrag über die Tagesschule dem anderen, von der „Schule der Zukunft“ und dem auf der Tagesordnung stehenden Übergang zur Ganztagserziehung ist die Rede. Wie auch andere Dokumente belegen, war die Tagesschule 1960 ein zentrales, wenn nicht sogar *das* zentrale Thema der DDR-Schulpolitik. Wie läßt sich diese Diskrepanz zwischen der Schulgeschichtsschreibung und den historischen Dokumenten erklären? Was war die Tagesschule überhaupt? In welchem konzeptionellen Rahmen entstand sie, und weshalb scheiterte sie? War sie ein Experiment, das vergessen wurde, weil es ohne Folgen für die weitere Gestaltung der DDR-Schule blieb (sozusagen in eine der vielen Sackgassen der Entwicklung dieses Landes führte), oder gab es an der erwähnten Gedächtnislosigkeit ein Interesse?

Ziel des Beitrages ist es, diesen Fragen nachzugehen. Dabei kann auch hier keine Geschichte der Tagesschule geschrieben, sondern es sollen die macht-

1 Bei D. WATERKAMP findet sich allerdings der Hinweis, daß zwischen 1959 und 1966 die Umwandlung aller zehnklassigen Oberschulen in Tagesschulen zum Ziel erhoben wurde.

politischen Intentionen betrachtet werden, die mit ihrer Propagierung verbunden waren. Eine Analyse der Strategie der Herrschenden scheint am geeignetsten zu sein, das sonst verwirrende Auf und Ab in der Schulpolitik – das für die Jahre 1958 bis 1965 überhaupt charakteristisch ist (ANWEILER 1988, S. 63) – zu erklären. Die folgende Analyse stützt sich vor allem auf bisher unzugängliche und noch nicht ausgewertete Dokumente des ZK der SED.²

Zur politischen Situation

Das Jahr 1958 war, gesamtgesellschaftlich wie schulpolitisch gesehen, ein Schlüsseljahr. Die durch den XX. Parteitag der KPdSU ausgelöste Krise des politischen Systems in der DDR war überwunden, alle Versuche, den Sozialismus zu reformieren, waren gescheitert und die Protagonisten dieser Versuche als „Revisionisten“ von den Schaltstellen der Macht eliminiert. ULBRICHT ging gestärkt aus dieser Krise hervor und konnte nun – um so entschiedener – den Aufbau des Sozialismus nach sowjetischem Vorbild vorantreiben. Dies hieß nicht nur Kollektivierung der Landwirtschaft und Strukturwandel in Industrie und Handel, sondern forderte auch, die „sozialistische Umgestaltung der Schule als Teilaufgabe im großen Prozeß der Umwandlung der Gesellschaft, der Schaffung der neuen, sozialistischen Ordnung“ zu begreifen (HAGER, IPM 1958, S. 33).

Dazu war es notwendig, sich zum einen von allen Reformtendenzen in der Pädagogik abzugrenzen. Sowohl die Entscheidungsträger, die die Reformbestrebungen zugelassen hatten, als auch ihre geistigen Väter wurden reglementiert. PAUL WANDEL, zuständiger ZK-Sekretär, war bereits im Oktober 1957 auf dem 33. Plenum abgelöst worden; der Bereich Volksbildung wurde seither von KURT HAGER geleitet. Die eigentliche Disziplinierungswelle fand jedoch 1958 statt; in ihrem Verlauf wurde ein Großteil der Führungspositionen im Bereich Volksbildung neu besetzt.³

Zum anderen mußten (wie es offiziell hieß) der Tempoverlust, der aufgrund der revisionistischen Tendenzen eingetreten war, unverzüglich aufgeholt und die Schule wie die pädagogische Theorie den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus angepaßt werden (vgl. IPM 1958, S. 42). Dazu organisierte das Politbüro im April 1958 eine Schulkonferenz der SED (übrigens die einzige, die von der Partei je durchgeführt wurde) und bildete eine Schulkommission beim Politbüro, die sich am Abend der Schulkonferenz konstituierte (Politbürobeschuß vom 22. 4. 1958, ZPA J IV 2/2/590). Unter Leitung HAGERS beriet und beschloß dieses Gremium bis 1961 alle wichtigen Maßnahmen im Bereich der

2 Das heißt, auf Archivstudien im Zentralen Parteiarchiv (ZPA) bei der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv“ (SAPMO-BArch.) in Berlin, in dem auch die Unterlagen der Parteiführung der SED, d.h. des ZK sowie seines Politbüros und Sekretariats und der einzelnen Abteilungen des ZK, archiviert sind.

3 Neben dem ZK-Sekretär wurden der verantwortliche Abteilungsleiter im ZK, der Minister, der Staatssekretär und zwei Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Volksbildung, der Direktor und ein Abteilungsleiter im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (DPZI) mehrere Direktoren und stellv. Direktoren in Lehrerbildungseinrichtungen abgelöst – um nur einige Beispiele zu nennen und ohne auf die politischen Disziplinierungen einzugehen, die die verbleibenden Mitarbeiter in o. g. Institutionen erfuhren.

Volksbildung. Die Parteiführung hatte also ihre Macht behauptet und ihren Einfluß gesichert. Die Umgestaltung der Schule begann:

Im September 1958 wurde der polytechnische Unterricht für alle Schüler der allgemeinbildenden Schule obligatorisch. Ein Jahr später wurde die 10klassige polytechnische Oberschule als Regelschule eingeführt. Am 12.11.1959 beschloß man eine neue, den sozialistischen Normen adäquate und für alle Schulen verbindliche Schulordnung, und am 2. 12. 1959 verabschiedete der Ministerrat der DDR das Gesetz über die sozialistische Entwicklung der Schulbildung.

Gut einen Monat später, am 13.1.1960, besuchte WALTER ULBRICHT den ersten vollgenossenschaftlichen Kreis der DDR – Eilenburg. Dort äußerte er:

„Wenn Sie sagen, daß die Kinder die Mütter erst am späten Nachmittag wieder annehmen, dann bedeutet das, sie wollen nicht zum Hortsystem, sondern zur Tagesschule übergehen. Der Weg besteht m. E. darin: Die Kinder der arbeitenden Eltern kommen früh um 7.00 Uhr in die Schule, haben Unterricht – sagen wir – bis 14.00 Uhr. Die Mütter können sie dann nicht abholen, sondern sie bleiben bis 17.00 Uhr oder 17.30 Uhr dort. Die Horträume werden also in eine Tagesschule verwandelt, in der die Kinder auch Essen erhalten. Nachmittags müssen Pädagogen für die weitere Erziehung der Kinder da sein, ihnen bei den Schularbeiten helfen und mit ihnen Sport und Spiel treiben. Wozu brauchen sie dann noch extra einen Hort?“ (ND vom 20.1.1960, S. 3)

Bezugnehmend auf diese Äußerung ULBRICHTS, begann die Kampagne für die Tagesschule. Sie dominierte das ganze Jahr 1960 und mündete in die Forderung des schrittweisen, aber vollständigen Übergangs der Oberschule der DDR zur Tagesschule. Was war geschehen? Auf welchen Entscheidungen basierte ULBRICHTS Äußerung?

Zur Vorgeschichte

Seit Ende der 40er Jahre gab es in der DDR Horte. Meist Kindergärten oder Betrieben zugeordnet, dienten sie der Betreuung von Kindern, deren Mütter berufstätig waren. Im Unterschied zu den zu dieser Zeit auch schon existierenden Arbeitsgemeinschaften wurde in den Horten kein spezielles Bildungs- oder Erziehungsziel verfolgt. Sie übernahmen vielmehr von den Müttern – wenn diese arbeiteten – deren Aufsichtspflicht gegenüber den Kindern. Die Bildung von Horten diente folglich ursprünglich einem rein ökonomischen Interesse – der Gewinnung weiblicher Arbeitskräfte.⁴

Ende 1952 begann sich der Status der Horte zu ändern, sie wurden aus den Kindergärten in die Schulen verlagert (Verordnung vom 18.9.1952). Im Hort sollten die Kinder am Nachmittag nun nicht mehr bloß beaufsichtigt werden. Vielmehr erkannte man die Möglichkeit, mit Hilfe des Hortes „die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen“. Man begann, über „die

⁴ Wie eingangs bereits ausgeführt, werden in diesem Beitrag nur die Interessen der Herrschenden betrachtet. Es wird also weder problematisiert, inwiefern diesen Interessen auf den unteren Vermittlungsebenen (z. B. durch die Lehrer, Horterzieher) entsprochen wurde, noch kann erörtert werden, weshalb z. B. die Eltern ihre Kinder in staatliche Obhut gaben oder welchen Einfluß die Betreuung der Kinder außerhalb des Unterrichts tatsächlich auf deren Entwicklung, aber auch auf die Entwicklung ihrer Mütter (Emanzipation) hatte.

notwendige Verbindung von Hort und Schule“ nachzudenken und die Funktion des Hortes neu zu bestimmen. Einen ersten Höhepunkt erreichte dieser Prozeß Mitte 1956, als in Auswertung des V. Pädagogischen Kongresses die erste Hortkonferenz der DDR stattfand. Auf ihr wurde die „hohe politische Bedeutung“, die der Anschluß der Horte an die Schulen hatte (Materialien Hortkonferenz, S. 10) hervorgehoben und darüber beraten, wie die vom V. Pädagogischen Kongreß geforderte Verbesserung der Erziehungs- und Bildungsarbeit (LANGE 1956, S. 63) zu realisieren sei. Dabei wurde zum einen die sorgfältige Erledigung der Schularbeiten im Hort als Zielstellung hervorgehoben und zum anderen betont, daß es Aufgabe des Hortes sei, die Kinder zu „gesellschaftlich nützlicher Arbeit“, zu „kollektivem Spiel“ und zu „sinnvoller selbständiger Ausgestaltung der Freizeit“ anzuhalten (Materialien Hortkonferenz, S. 13). Hierbei blieben die Horte ausdrücklich Kindern von Berufstätigen – womit fast ausschließlich Kinder von „Arbeitern und werktätigen Bauern“ gemeint waren (ebd., S. 19) – vorbehalten.

Die Funktion der Horte hatte sich gewandelt. Zu den nach wie vor dominierenden ökonomischen Interessen, die sich besonders in den beiden zuletzt genannten Aspekten artikulierten, waren sowohl bildungsökonomische (die Bildungsaufgabe der Schule befördernde)⁵ als auch weltanschaulich-erzieherische Interessen hinzugekommen.

An dieser Interessenkonstellation änderte sich in den folgenden Jahren trotz Revisionismuskritik und sozialistischer Umgestaltung der Schule zunächst nichts. Nach wie vor dominierte das ökonomische Moment, das sich aufgrund des ständig wachsenden Arbeitskräftebedarfs (bedingt auch durch Republikflucht und beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft) noch verstärkte. So beschloß dann auch der V. Parteitag im Sommer 1958, „in allen Schulen Horte oder Schulaufgabenzimmer einzurichten“, um den werktätigen Müttern bei der Erziehung ihrer Kinder zu helfen (Beschluß des V. Parteitages der SED, 1958, S. 294). Diese vom V. Parteitag der SED aufgestellte und vom 4. ZK-Plenum im Januar 1959 (Schulthesen 1959, These 24) präzierte Forderung fand im Gesetz über den Siebenjahrplan ihren Niederschlag. Danach sollten bis 1965 weitere 326000 Plätze in Kinderhorten eingerichtet und folglich die Anzahl der Plätze von 1958 bis 1965 von 90 auf 220 Kinder (je 1000) erhöht werden (Gesetz vom 1. 10. 1959, S. 255 f.).

In der Interpretation des Siebenjahrplans, die HAGER einen Monat später (im November 1959) vor der Schulkommission gab, wurde allerdings eine Akzentverschiebung im Verständnis der Horte deutlich:

„Wir möchten eine Auffassung korrigieren, die uns nicht richtig erscheint in bezug auf die Schulhorte, nämlich die Auffassung, als ob der Schulhort dazu dient, eine Freizeitgestaltung der Schüler zu organisieren. Der Hort muß vielmehr das Ziel haben, daß alle Schüler das Ziel der zehnklassigen Oberschule erreichen. Er muß die Familien bei der sozialistischen Erziehung ihrer Kinder unterstützen. Das erfordert, daß der Hort zu einem festen Bestandteil der Schule wird“. (ZPA IV 2/2.108/8)

Dieser Gedanke fand sich dann auch in der eine Woche später erlassenen Schulordnung wieder, in der es hieß: „Die Hauptaufgabe des Schulhortes ist es,

⁵ Der Begriff „bildungsökonomisch“ wird im folgenden immer in diesem Sinn, d. h. die Effektivität der Bildungsarbeit betreffend, benutzt.

den Schülern beim Lernen zu helfen und sie in einer sinnvollen Freizeitgestaltung erzieherisch zu betreuen.“ Weiter wurde gefordert, daß für alle Schüler die planmäßige Erziehungs- und Bildungsarbeit außerhalb des Unterrichts in Schulhorten zu ermöglichen sei (Schulordnung 1959, S. 102).

Die hier erkennbare Akzentverschiebung von primär ökonomischen Interessen hin zu einer Dominanz des bildungsökonomischen Aspektes im Zusammenspiel von ökonomischen, bildungsökonomischen und weltanschaulich-erzieherischen Interessen wird vor allem mit Blick auf die Schulentwicklung verständlich. Man hatte wenige Wochen zuvor die 10-Klassen-Schule eingeführt. Diese Maßnahme, neben der polytechnischen Bildung Kernstück der neuen sozialistischen Schule, stand unter Erfolgsdruck. Dies hieß auch, daß die überwiegende Mehrzahl aller Schüler den Abschluß der 10. Klasse erreichen mußte. Man erhoffte folglich, im Hort ein geeignetes Instrument gefunden zu haben, dieses Ziel zu erreichen. Damit begründet sich auch die in der Schulordnung erstmals fixierte Möglichkeit für alle Schüler, den Hort zu besuchen. (Schließlich sollten ja auch alle Schüler die 10. Klasse erfolgreich abschließen.)

Die Kampagne

Bis zu diesem Zeitpunkt – d. h. sechs Wochen vor ULBRICHTS Besuch in Eilenburg – wurde weder in den publizierten Dokumenten noch in den Quellen im Parteiarchiv von ganztägiger Erziehung oder Tagesschule gesprochen. Auch die bisher dargestellte Entwicklung der Horte ist aus Perspektive der Akten eher marginal. Noch auf der bereits zitierten Schulkommissionssitzung zum „Siebenjahrplan und den nächsten Aufgaben“ am 2. 11. 1959 nannte HAGER als die drei Hauptaufgaben auf dem Gebiet des Schulwesens: die Durchführung des polytechnischen Unterrichts; den Kampf um eine bessere Unterrichtsmethodik; und die Probleme der Schulordnung (ZPA IV 2/2.108/8). Der Hort bzw. die Erziehung außerhalb des Unterrichts standen bei weitem nicht im Mittelpunkt des Interesses.

Dies änderte sich schlagartig mit einem Brief, den ULBRICHT am 21. 11. 1959 zur Erläuterung der Schulordnung an die Schulparteiorganisationen schickte. Darin hieß es u. a.:

„Der Schulhort ist ... eine wirksame Einrichtung zur Hilfe für die Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder. Die Parteiorganisationen der Schulen sollten sich deshalb dafür einsetzen, daß mit Hilfe des Schulhortes schrittweise zur vollen Tageserziehung übergegangen wird. Um immer mehr Kindern die Möglichkeit zur Aufnahme in einem Schulhort zu geben, sind in erster Linie die vorhandenen Räume der Schule, die vielfach nicht ganztägig für den Unterricht genutzt werden, als Horträume zu verwenden. ... Diese bedeutsame Aufgabe soll sofort in Angriff genommen werden, wobei örtlich alle Möglichkeiten auszuschöpfen sind. Lehrer, die im Hort eingesetzt sind, erhalten diese Tätigkeit entweder auf ihre Pflichtstundenzahl angerechnet oder zusätzlich vergütet.“ (ZPA IV 2/905/6)

Einen Monat nach diesem Brief, am 21. 12. 1959, fanden Kreislehrerkonferenzen statt. Dort wurde deutlich, daß diese Interpretation der Schulordnung die Lehrer völlig unvorbereitet traf. Die Reaktionen reichten von Hilfeersuchen über Ratlosigkeit bis hin zur direkten Opposition (ZPA IV 2/905/91). Deshalb

wurde beschlossen, daß das Ministerium für Volksbildung zum einen alle Möglichkeiten nutzen müsse, „um Klarheit über die Notwendigkeit, den Inhalt und die Methoden der Ganztageserziehung in der Öffentlichkeit zu schaffen“ (ebd.). Zum anderen wurde eine „Argumentation zu Verleumdungen des Schulgesetzes und der Schulordnung durch einige reaktionäre Kirchenkreise“, datiert vom 12.1.1960, erarbeitet. Darin hieß es unter anderem:

„Entschieden muß zurückgewiesen werden, daß die Horterziehung angeblich den Einfluß der Familie zurückdrängt. Die Kinder werden im Hort auf Antrag und nach dem Willen der Eltern erzogen. Damit wird der Familie für die gute Erziehung der Kinder eine große Unterstützung zuteil und die Einheit der Erziehung in Schule und Elternhaus gefestigt.

Die Teilnahme der Kinder an der ganztägigen Horterziehung ist nicht Pflicht, wie das von einigen Vertretern der evangelischen Kirche durch Verdrehung des § 5 der Schulordnung (Der Schulhort ist fester Bestandteil der Schule) behauptet wird. Sie erklären fälschlicherweise, daß der Besuch des Schulhorts dem Besuch des Schulunterrichts gleichgestellt sei.“ (Ebd.)

Einen Tag später war ULBRICHT in Eilenburg und forderte, wie oben zitiert, den Übergang zur Tagesschule. Es läßt sich ahnen, daß hiernach die Unsicherheiten wie die Proteste noch größer wurden (ZPA IV 2/905/12) und die Abteilung Volksbildung im ZK der SED unter starken Handlungsdruck geriet. Die Schulkommission wurde für den 12.2.1960 einberufen, um sich mit den Fragen der Ganztageserziehung zu befassen.

Die Unsicherheiten dieser Zeit beschreibt EVA ERLER, ZK-Mitglied und in der Bezirksleitung Berlin verantwortlich für Volksbildung. „Wir hatten Ende des Jahres und auch zu Beginn dieses Jahres viele Unklarheiten bei unseren Berliner Genossen und auch bei uns selbst, und wir haben uns, möchte ich sagen, schrittweise an die Probleme (der Tageserziehung – B. G.) herangearbeitet. Wir hatten im Februar schon brennendst die Schulkommissionssitzung erwartet. Da sie sich aber verzögerte, mußten wir uns mehr oder weniger selbst unsere Argumente ausarbeiten. Wir waren dazu gezwungen, weil die Elternbeiratswahlen, die wir durchführten, zeigten, daß es hier heftige Auseinandersetzungen gab. Dazwischen fiel Eilenburg, und das ganze Problem der Ganztageserziehung tauchte wieder auf, und unsere Genossen in den Schulen standen oftmals hilflos diesen Argumenten des Gegners, der dort auftrat, gegenüber ...“ (ZPA IV 2/2.108/10)

Am 9.2.1960 fand zum Thema der Ganztageserziehung ein Gespräch zwischen HAGER und ULBRICHT statt. Darin betonte ULBRICHT, daß er es für zweckmäßig hielte, jetzt keine prinzipielle Diskussion über die Probleme der Ganztageserziehung zu führen, sondern einfach überall, wo die Möglichkeiten dafür gegeben seien, mit der Ganztageserziehung zu beginnen. Dies könne nicht zentralisiert geschehen. Vielmehr sei den Kreis- und Bezirksschulräten größere Freiheit diesbezüglich zu geben. Kreisen mit günstigen Voraussetzungen seien auch vom Ministerium für Volksbildung weitere Lehrer zuzuweisen. Und ULBRICHT betonte, daß Probleme der Internatserziehung gegenwärtig nicht zur Diskussion gestellt werden sollten (ZPA IV 2/905/23).

Genau nach dem von ULBRICHT vorgegebenen Muster lief die auf den 23.3.1960 verschobene Schulkommissionssitzung ab. Einzelne Direktoren und Schulfunktionäre traten auf und berichteten über ihre Erfahrungen mit dem Aufbau von Tagesschulen. Diese Berichte wurden zusammen mit dem Schlußwort WERNER NEUGEBAUERS und einem Kommuniké der Schulkommission veröffentlicht (DLZ 14–17/1960).

Interessant dabei ist, daß die zum Aufbau der Tagesschule propagierten

Beispiele alle erst zwei bis drei Wochen alt waren und die Schulkommmissions-sitzung vermutlich verschoben wurde, um diese Beispiele – nach ULBRICHTS Diktum – präsentieren zu können.

An dieser Stelle ist eine kurze Zwischenbemerkung notwendig:

In der offiziellen DDR-Schulgeschichtsschreibung wird die Tagesschule, wenn man sie überhaupt erwähnt, in eine Traditionslinie mit den Tagesheimschulen der DDR gestellt (GÜNTHER/UHLIG 1974; DREWELOW 1962; LINDNER 1968) – ganz im Sinne einer kontinuierlichen, aufeinander aufbauenden Entwicklungslinie. Diese Kontinuität existierte jedoch nicht. Ohne hier auf den Versuch der Tagesheimschule⁶ näher eingehen zu können, kann bereits anhand der Anfangsphase der Kampagne um die Tagesschule zweifelsfrei belegt werden, daß von seiten der Parteiführung dieser Zusammenhang nicht intendiert war. Die ersten Tagesschulen wurden (wie der Erfahrungsaustausch auf der Schulkommmissionssitzung beweist) ohne jede Art von theoretischen oder konzeptionellen Vorgaben, einfach so, nach Gutdünken der Betroffenen aufgebaut. Dies war nicht nur dem Zeitdruck, unter dem gehandelt wurde, geschuldet, sondern entsprach auch den Vorstellungen ULBRICHTS (vgl. bereits zitiertes Gespräch mit HAGER: ZPA IV 2/905/23).

Wenn es eine Traditionslinie gab, dann eher die zur Ganztagschule in der Sowjetunion (welche dort seit 1958 aufgebaut wurde), aber nicht zu den Tagesheimschulen der DDR. Diese waren ein Experiment der Reformzeit, an das schon aus diesem Grund niemand ausdrücklich anknüpfte. Zudem war es vielen Schulfunktionären, auch wegen des personellen Wechsels nach der Reformzeit, wahrscheinlich nicht bekannt. Aber auch der vage Hinweis auf die Sowjetunion kann, da man sich zunächst darauf beschränkte, kaum als theoretische Vorgabe gewertet werden. Die Tagesschulen der DDR waren Experimente in der Praxis, zunächst ohne Anweisung und Konzept.⁷

Zurück zur Sitzung der Schulkommmission vom 23.3.1960:

Nach Abschluß der Tagung traf die Schulkommmission eine Reihe von Festlegungen zur „Entwicklung der Tagesschule“, vor allem die Pressekampagne betreffend. So wurde beschlossen, welche Beiträge in welchen Zeitungen mit welchen Argumenten erscheinen sollten. Danach war die Ganztagerziehung als: Ergänzung des Unterrichts durch andere Formen und Methoden; Bestandteil der Schulentwicklung; Hilfe für Kinder und Eltern sowie als Hilfe für

6 Die erste Tagesheimschule wurde im September 1957 in Berlin-Treptow gegründet, ein Jahr später folgten sieben weitere in verschiedenen Bezirken der DDR. In der Praxis unterschied sich dieses Schulprojekt kaum von dem der Tagesschule (obwohl die Tagesheimschulen eher an Erfahrungen der Heimerziehung anknüpften), und in der späteren Phase der Erprobung der Tagesschule wurde auch an das Konzept der Tagesheimschule angeknüpft.

7 Als Beweis dafür, daß die Tagesheimschulen auch nicht „unterhalb“ der Parteiführung als Beispiele dienten, kann wieder der Diskussionsbeitrag von ERLER auf der Schulkommmissionssitzung angeführt werden. Nachdem sie ihre Unsicherheiten mit den Fragen der Ganztagerziehung beschrieben hatte, wurde sie von folgenden Zwischenrufen unterbrochen: „Wo habt ihr eure Erfahrungen über die Ganztagerziehung in Berlin her? Wir haben zwei Tagesheimschulen in Berlin. Von der 5. Oberschule in Prenzlauer Berg, unserer Tagesheimschule, habt ihr sie nicht; denn dort war kein Vertreter der BL. Ich weiß nicht, ob die Genossen in der Tagesheimschule Treptow waren. (Zuruf: Da war auch keiner!)“ (ZPA IV 2/2.108/10)

Lehrer und Erzieher darzustellen. Weiter war zu argumentieren, daß die Tagesschule nichts Neues sei, sondern Traditionen habe, wobei auf eigene Traditionen (Horte, Schulaufgabenzimmer, AGs und Pionierfreundschaften), Erfahrungen anderer Länder (besonders der Sowjetunion) und Traditionen fortschrittlicher bürgerlicher Pädagogen hingewiesen werden sollte.⁸ Zur „Sicherung der materiellen und kadermäßigen Voraussetzungen für den schrittweisen Übergang zur Ganztageserziehung“ beauftragte die Schulkommission das Ministerium für Volksbildung, innerhalb von acht Tagen eine Konzeption zu erarbeiten (ZPA IV 2/905/6). Drei Tage später lag der erste „Beschlufentwurf über den Aufbau der Tagesschule in der Deutschen Demokratischen Republik“ vor. Dieser wurde auf der nächsten Schulkommissionssitzung am 21. 4. 1960 diskutiert und, überarbeitet, dem Politbüro zur Entscheidung weitergeleitet. Was waren die wesentlichsten Momente dieses Beschlusses?

Neben der allgemeinen Zielstellung (dazu später) enthielt der Beschluß: Inhalt und Aufbau der Tagesschule, Aus- und Weiterbildung der Kader, materielle und schulhygienische Voraussetzungen, einen Vorschlag für das Tempo bei der Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen der DDR zu Tagesschulen, einen Arbeitskräfteplan, einen Finanzplan und einen Vorschlag zur beschleunigten Entwicklung der Vorschulerziehung.

Zunächst kurz zur Zeit- und Mittelplanung. Im Beschlußentwurf heißt es:

„Bis zum Jahre 1966 sind die allgemeinbildenden Schulen der DDR zu Tagesschulen zu entwickeln.“

Der Beginn des Aufbaus der Tagesschule muß so erfolgen, daß im Schuljahr 1960/61 ... mindestens 500 und im Schuljahr 1961/62 mindestens 1000 Schulen zu Tagesschulen umgestaltet werden. Im Verlaufe der weiteren Jahre sind entsprechend der zusätzlichen Ausbildung von Lehrern weitere Schulen zu Tagesschulen zu entwickeln, so daß die volle Verwirklichung des Aufbaus der Tagesschule in der DDR bis zum Jahre 1966 gesichert wird.“

Die daran anschließende Mittelberechnung verdeutlicht die Gigantomanie dieses Projektes – denn es ergibt sich bis 1965 u. a. ein Mehrbedarf von insgesamt 13 240 Pädagogen und 25 725 Arbeitskräften zur materiellen Sicherstellung der Ganztageserziehung. Dies bedeutet auch, daß 46 400 Personen an den Hoch- und Fachschulen aus- und weitergebildet werden müßten, was zusammen bis 1965 einen Kostenmehraufwand von 1,6 Mrd. Mark (davon allein 1,3 Mrd. Mark für Lohnfonds) bedeutet hätte. So kann es nicht verwundern, daß HAGER, bevor er den Beschlußentwurf an das Politbüro weiterleiten ließ, ausdrücklich darauf hinwies, daß alle Zahlen, einschließlich der finanziellen Mittel, als Anlage mitbeschlossen werden müßten und daher eine endgültige Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Finanzen notwendig sei (ZPA IV 2/905/6).

Zur selben Zeit lief in der ganzen DDR die von der Schulkommission angeregte „Massenausssprache“ zur Tagesschule. Initiativen wurden gestartet, neue Beispielschulen geschaffen und der Erfahrungsaustausch organisiert. Der Prozeß hatte eine gewisse Eigendynamik angenommen – jeder wollte der erste sein. So konnte z. B. das ZK der SED im Bezirk Potsdam gerade noch ver-

8 Auch hier findet sich kein Hinweis auf die Tagesheimschulen.

hindern, daß zum Beginn des Schuljahrs 1960/61 in allen Schulen zur Ganztageserziehung übergegangen wurde (ZPA IV 2/905/12).

Die Reaktionen in der Bevölkerung waren unterschiedlich. Groß war nach wie vor der Erklärungsbedarf, es gab durchaus positive Reaktionen – Arbeiter in Eisenach forderten, in ihrer Nähe Ganztagessschulen einzurichten –, aber immer größer wurde auch der Widerstand. Er kam vor allem aus Kreisen der Kirche und der medizinischen Intelligenz. Briefe an das ZK wurden geschrieben, Gesprächsrunden mit Medizinern fanden statt, und die Ablehnung war so einhellig wie deutlich. Zum Beispiel wandte sich die Universitätskinderklinik in Leipzig geschlossen gegen die Einführung der Tagesschule (ebd.).

Kernpunkt der Kritik war die durch die Ganztageserziehung bedingte Entfremdung der Kinder von der Familie. Sowohl im Hinblick darauf, daß für die kindliche Sozialisation Familie unabdingbar sei, als auch bezogen auf die immer unausweichlicher sich ausbreitende ideologische Indoktrination, lehnte man die Ganztageserziehung ab. Die von den SED-Funktionären als Gegenargument betonte Freiwilligkeit der Ganztageserziehung griff zum einen insofern nicht, als ja geplant war, in der Tagesschule auch nachmittags Unterricht zu erteilen, der dann aufgrund der Schulpflicht für alle Schüler obligatorisch gewesen wäre. Zum anderen erlebte man gerade, was „freiwillig“ bei der Kollektivierung der Landwirtschaft bedeutete.⁹

Einschätzungen zur Situation, die an das ZK geschickt wurden, gingen so weit, die Kampagne um die Tagesschule als einen der Gründe für die sich erneut verstärkende Republikflucht anzugeben (ZPA IV 2/905/91).¹⁰ Wieder geriet das ZK unter Druck, und am 4. Mai bat HAGER darum, auf einer Tagung von Kreissekretären der SED

„etwas gegen Überspitzungen zu sagen, die gegenwärtig im Bezirk Potsdam, Halle und anderen Bezirken auftreten. Vielfach wird der Übergang zur Tagesschule zur Kampagne gemacht, ohne daß die erforderlichen materiellen und personellen Voraussetzungen zum Aufbau einer Tagesschule gegeben sind. Außerdem hetzt der Gegner: Den Familien sollen die Kinder entzogen werden durch die Tagesschule.“ (ZPA IV 2/905/28)

War die Behauptung „Den Familien sollen die Kinder entzogen werden“ nur eine „Hetze des Gegners“, oder folgte sie aus dem eigentlichen Ziel, das sich hinter der Propagierung der Tagesschule verbarg?

Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, wieder auf das bereits explizierte Schema der Interessenkonstellationen in bezug auf eine staatlich organisierte Betreuung von Kindern außerhalb des Unterrichts einzugehen und zu fragen, ob sich die Prioritäten erneut verschoben hatten. Zu Beginn der Kampagne schien nach wie vor das Interesse an einer Intensivierung der Bildungsarbeit zu dominieren. So betonte ULBRICHT in Eilenburg:

⁹ Daß dies nicht nur eine böse Assoziation, sondern geplante Realität war, bestätigt der bereits zitierte Beschlußentwurf, in dem steht: „Die Teilnahme der Schüler an der vollen Tageserziehung ist freiwillig. Der Aufbau der Tagesschule vollzieht sich auf der Grundlage einer umfassenden Überzeugungsarbeit unter den Eltern und allen Werktätigen der Republik.“ (ZPA IV 2/905/6)

¹⁰ Im Berliner Raum hatten mehrere Eltern ihre Kinder, um sie nicht in eine Tagesschule schicken zu müssen, in Westberlin eingeschult. (ZPA IV 2/905/66)

„Bei den gegenwärtigen Aufgaben, die die Schule zu erfüllen hat, ist es nicht möglich, den Kindern den Unterrichtsstoff nur im regulären Vormittagsunterricht beizubringen. Es müssen Pädagogen da sein, die den Kindern bei den Schularbeiten helfen und, wenn man so sagen darf, in nicht offizieller Form bestimmte Fragen durcharbeiten ... Wenn wir das so machen, wird es auch bald keine Sitzenbleiber mehr geben.“ (ZPA IV 2/905/6)¹¹

Dieser Gedanke fand sich auch in dem Beschlußentwurf zur Tagesschule. Darin wurde betont, daß es mit der ganztägigen Bildung und Erziehung möglich werde, „die Aneignung des umfassenden Bildungstoffes zu unterstützen und zu ergänzen“, womit der Staat „für alle Kinder die gleichen günstigen Voraussetzungen für ihre allseitige Entwicklung“ schaffe (ZPA IV 2/905/6). Aber bereits der Hinweis ULBRICHTS an HAGER (zwei Monate vor dem Beschlußentwurf), die Internatsschule zunächst bei der Propagierung der Tagesschule nicht zu erwähnen, läßt ahnen, daß neben den offiziell verbreiteten auch andere Interessen verfolgt wurden. Im weiteren Verlauf wurde deutlich, was die SED-Führung mit dem Übergang zur Ganztageserziehung eigentlich bezweckte. Es ging ihr um eine konsequent sozialistische *Erziehung* der Kinder, die letztlich nur über die gesellschaftliche Einflußnahme erreicht werden konnte. Bereits im Beschlußentwurf deutete sich dieser Gedanke an, wenn davon die Rede war, daß mit der ganztägigen Bildung und Erziehung die allseitige Entwicklung der Kinder *im* und *durch* das Kollektiv gewährleistet werde und daß das gesamte Leben an der Tagesschule von den Prinzipien der Tätigkeit der sozialistischen Kinder- und Jugendorganisationen durchdrungen sein müsse (ebd.). Als im Sommer 1960 im ZK der SED über die Perspektivplanung für die Jahre 1965 bis 1980 nachgedacht wurde, kam diese Zielsetzung in einer streng vertraulichen Verschlusssache noch deutlicher zum Ausdruck:

„In der Zeit von 1965–1980 wird der endgültige Sieg des Sozialismus in allen Bereichen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der DDR erreicht sein. ... Das stellt an die Entwicklung der Volksbildung hohe Anforderungen. Die Arbeit der Schule muß sich auf die Bedürfnisse der kommunistischen Gesellschaftsordnung einstellen, d. h. das Bildungsniveau erhöhen und die Erziehung des kommunistischen Bewußtseins bei der heranwachsenden Generation sichern.

Mit der Entwicklung der Gesellschaftsordnung steigert sich die Rolle der gesellschaftlichen Erziehung und ihre Wirksamkeit.

Die Erhöhung des Bildungs- und Erziehungsniveaus fordert den Übergang zur Ganztageserziehung in allen Schulen bis 1980 und den Beginn der internatsmäßigen Bildung und Erziehung ...“ (ZPA IV 2/905/8)

Genau wie zu dieser Zeit in der Sowjetunion wurde der gesellschaftlichen Erziehung bei der Bildung des kommunistischen Bewußtseins absoluter Vorrang vor jeder anderen Form von Erziehung eingeräumt. Es kann nicht verwundern, daß diese Auffassung gerade im Zusammenhang mit den Diskussionen um den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft¹² auftauchte. Beim Aufbau dieser als grundsätzlich neu betrachteten Ordnung sollte nicht nur die alte entfremdete und damit überlebte Gesellschaftsstruktur überwunden werden. Fast alle traditionellen Formen und Regeln der bürgerlichen

11 Und auch in der Argumentation zur Schulordnung heißt es: „Der Schulhort gibt den Kindern die besten Möglichkeiten, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen und zu festigen“. (ZPA IV 2/905/91)

12 Ihren deutlichsten Ausdruck fanden diese Diskussionen im neuen Parteiprogramm der KPdSU, das auf dem XXII. Parteitag 1961 verabschiedet wurde.

Gesellschaft wurden als archaisch in Frage gestellt. Mit einem kommunistischen Bildungs- und Erziehungskonzept wäre folglich nicht nur das alte Bildungsmonopol zu brechen, sondern ein neues Modell zu schaffen gewesen. Dabei wurde, ganz in Anlehnung an die allgemeine Gesellschaftsauffassung, der gesellschaftlichen Erziehung das Primat zugesprochen. Die Konsequenzen dieses Erziehungskonzepts, verbunden mit den in dieser Zeit vorherrschenden fast mechanistischen Vorstellungen von der Überlegenheit des Kommunismus, kamen in einem Abschnitt zur Jugendhilfe besonders deutlich zum Ausdruck:

Die Jugendhilfe müsse der Tatsache Rechnung tragen, „daß die erzieherische Fehlentwicklung bei Kindern und Jugendlichen und die Zerrüttung von Familienverhältnissen ihre Ursache nicht in unserer Gesellschaftsordnung haben, sondern sich daraus ergeben, daß der gesellschaftliche Einfluß in diesen Fällen nicht oder nur schwach vorhanden war, und demzufolge die Reste bürgerlichen Denkens stark zur Wirkung kommen konnten.“ Demzufolge müsse die Jugendarbeit „die gesellschaftliche Einflußnahme“ organisieren, verstärken, koordinieren; d. h., konsequent für die sozialistische Entwicklung und Erziehung eintreten. (ZPA IV 2/905/5)

Die Tagesschule wurde von der Parteiführung folglich nicht nur favorisiert, um (wie es in der offiziellen Argumentation hieß), die „Kinder werktätiger Mütter“ unterzubringen und weiteren Frauen die Möglichkeit zu geben, „am Produktionsprozeß teilzunehmen“ oder die Anfertigung der Hausarbeiten zu unterstützen und so die Bildungsarbeit an der Schule zum Erfolg zu führen. Diesem Ziel hätten auch die Horte und Schulaufgabenzimmer voll genügt. Man versuchte vielmehr, mit der Tagesschule einen Schritt in Richtung der neuen kommunistischen Schule zu gehen, in der dann die gesellschaftliche Einflußnahme hätte verstärkt werden können, weil sie während des ganzen Tages gegeben war, was gewissermaßen als Garant für eine konsequente „Erziehung des kommunistischen Bewußtseins bei der heranwachsenden Generation“ angesehen wurde. Daher hatte sich mit dem Beginn der Kampagne um die Tagesschule erneut ein Prioritätenwechsel in der bereits erläuterten Interessenkonstellation vollzogen. Nach wie vor wirkten ökonomische wie bildungsökonomische Bedürfnisse, aber die weltanschaulich-erzieherischen Aspekte waren eindeutig ins Zentrum dieses Interesses an einer staatlich organisierten Betreuung von Kindern außerhalb des Unterrichts gerückt.

Das Scheitern

Am 17. Mai 1960 stand der „Beschuß über die Einführung der ganztägigen Bildung und Erziehung“ auf der Tagesordnung der 23. Politbürositzung des Jahres. Im Arbeitsprotokoll der Sitzung ist dieser Tagesordnungspunkt mit Bleistift gestrichen und „zurückgestellt“ darübergeschrieben (ZPA IV 2/2 A 755). Weitere Hinweise auf den Verlauf der Sitzung bzw. den Grund der Streichung finden sich in den Unterlagen des Politbüros zunächst nicht. Aufschluß bringt ein Gespräch, das einen Monat später im Ministerium für Volksbildung stattfand. Dort hielt ANTON ACKERMANN, zu jener Zeit zuständig für Volksbildung in der staatlichen Plankommission, dem Minister für Volksbildung, ALFRED LEMMNITZ, vor:

„Es war unverantwortlich, in der gesamten Republik eine umfassende Kampagne zur Einführung der Tagesschule einzuleiten, ohne zunächst die realen Möglichkeiten einzuschätzen und die realen Beschlüsse zu fassen. Die Folge waren schädliche politische Auswirkungen, die in einer verstärkten Republikflucht der Lehrer gipfelten (Zwischenruf: und der Ärzte). Die Staatliche Plankommission hat von Anfang an auf die Problematik der Frage hingewiesen (Erhöhung der Arbeitskräfte und des Lohnfonds). Die Genossen im Ministerium für Volksbildung haben jedoch eine umfassende Zusammenarbeit abgelehnt. Man hat sich immer wieder auf mündliche Absprachen mit Genossen der Parteiführung berufen.

Die Behandlung im Politbüro hat jedoch gezeigt, wie die Vorlage einzuschätzen war. Sie wurde sozusagen in wenigen Minuten von der Tagesordnung abgesetzt ...

Dieses Beispiel zeige ... wie wenig oftmals die politischen und ökonomischen Auswirkungen von Maßnahmen durchdacht werden und wir uns selbst allergrößte Schwierigkeiten bereiten.“ (ZPA IV 2/905/8)

Ökonomische Beweggründe führten also dazu, den Beschlußentwurf zur Tagesschule im Politbüro zu vertagen, was angesichts der Dimensionen dieses Projektes nicht verwundern kann. Bereits die während der Kampagne spontan gegründeten Versuchsschulen hatten solche Überschreitungen des geplanten Lohnfonds verursacht, daß es im Herbst 1960 zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den Ministerien für Volksbildung und Finanzen kam (vgl. ebd.). Am 11. 6. 1960, einen Monat nach der Politbürositzung, findet sich im Protokoll einer Beratung der Abteilung Volksbildung des ZK der SED folgende Bemerkung:

„Das Min. f. Volksbildung muß die Argumente zur Entwicklung der Tagesschule auswerten. Dazu ist der Weg für die Entwicklung der Tagesschule ohne zusätzliche Mittel auszuarbeiten. Besonders ist auf die Belegung und Entwicklung der außerunterrichtlichen Tätigkeit (Arbeitsgemeinschaften, Durchführung von Pioniergruppennachmittagen) hinzuweisen.“ (ZPA IV 2/905/10)

Und für den Bericht des Politbüros an das 9. Plenum des ZK der SED wurde am 7. 7. 1960 formuliert:

„Die Parteiführung weist nochmals darauf hin, daß der Übergang zur Tagesschule nur schrittweise und allmählich erfolgen kann, wie Genosse WALTER ULBRICHT auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Leipzig und Genosse OTTO GROTEWOHL anläßlich des Tages der Lehrer darlegten. Wir orientieren auf die Verbesserung der Arbeit in den Hausaufgabenzimmern und Schulhorten, auf die Entwicklung der Arbeitsgemeinschaften, Kurse und andere Formen der außerunterrichtlichen Tätigkeit. Gleichzeitig wird der Übergang zur Tagesschule an einigen Beispielen vorbereitet. Die Aufgabe der Genossen der Volksbildungsorgane ist es, genauestens die dazu notwendigen politisch-ideologischen, ökonomischen und materiellen Voraussetzungen zu prüfen. Indem die Arbeit dieser wenigen Beispielschulen vervollkommen wird, gewinnen wir die notwendigen Erfahrungen, die für die Lösung dieses komplizierten ideologisch-politischen und pädagogisch-methodischen Problems erforderlich sind. Alle Überspitzungen und subjektiven Einstellungen müssen von den Parteiorganisationen und staatlichen Organen entschieden zurückgewiesen werden.“ (ZPA IV 2/905/28)

Obwohl noch bis 1964 mit einigen Tagesschulen experimentiert wurde (z. B. 1962 bis 1964 in Berlin-Köpenick und Leipzig-Südwest)¹³, war das Projekt „Tagesschule“ letztlich bereits im Sommer 1960 gescheitert. Ursache war vor

¹³ Am 18. 4. 1962 beschloß das Sekretariat des ZK der SED, „den schrittweisen Aufbau von Tagesschulen in je einem Stadtbezirk von Berlin und Leipzig“ durchzuführen. Diesmal findet der großangelegte Versuch unter Mitwirkung von Wissenschaftlern, Schulfunktionären und verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen statt. (ZPA J IV 2/3/804)

allein die schlechte wirtschaftliche Situation, in der sich die DDR kurz vor (und auch nach) dem Mauerbau befand. Ende 1961 gefährdete die immer katastrophaler werdende Lage sogar das 10-Klassen-Schulprogramm.¹⁴ Ohne zusätzliche finanzielle Mittel war der Übergang zur Tagesschule undenkbar. Gleichzeitig hatte sich der ökonomische Druck, zusätzlich Plätze in Einrichtungen der außerschulischen Kinderbetreuung zu schaffen, enorm verstärkt, denn die „ungenügende Gewinnung von Frauen mit Kindern für eine berufliche Tätigkeit“ wurde als hauptsächlicher Grund „der Untererfüllung des Arbeitskräfteplans im I. Quartal 1961“ angesehen (ZPA IV 2/905/17). Daher orientierte die Parteiführung wieder an den bereits bewährten Formen der außerschulischen Betreuung, wie Hausaufgabenzimmer, Schulhorte und Arbeitsgemeinschaften, und verfügte zusätzlich, daß Horte nur in den Klassen 1–4 für Kinder werktätiger Mütter einzurichten seien. Neue Hortplätze wären nur in industriellen Schwerpunkten zu bilden. Insgesamt seien die Kosten pro Hortplatz zu verringern und eine Gebührenordnung für Horte auszuarbeiten (ZPA IV 2/905/25). Die Tagesschule sollte weiter in wenigen Beispielschulen erprobt und weiterentwickelt werden, wobei auch hier „weniger kostenaufwendig“ gearbeitet werden müsse und „in der Regel . . . nur Kinder werktätiger Mütter erfaßt werden“ sollten (ebd.). Aber auch die starken Proteste, die die Kampagne um die Tagesschule hervorgerufen hatte, scheinen (wie sich zumindest im oben zitierten Bericht des Politbüros an das 9. Plenum andeutet) dazu geführt zu haben, daß die „Tagesschule“ nicht weiterhin in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt wurde.

In den nach 1960 publizierten Dokumenten – wie dem VI. Pädagogischen Kongreß (1961), dem VI. Parteitag (1963), dem ersten Entwurf zum einheitlichen Bildungssystem (1963) – wurde die Tagesschule noch erwähnt (vgl. Bericht des ZK an den VI. Parteitag 1963, S. 190), stand aber bei weitem nicht mehr im Zentrum des Interesses. Selbst im neuen Parteiprogramm der SED (beschlossen auf dem VI. Parteitag) wurde die Tagesschule nicht mehr als „Schule der Zukunft“ bezeichnet, sondern fand nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der ganztägigen Erziehung und Bildung Erwähnung, indem vom weiteren, den ökonomischen Möglichkeiten entsprechenden Aufbau von Tagesschulen gesprochen wurde (Programm der SED 1963, S. 370). 1964 verabschiedete man sich mit Hinweis auf das einheitliche Bildungssystem, in dem alle Formen der Erziehung und Bildung zusammenwirken sollten (weshalb die Tagesschule als „Klammer“, mit der die einzelnen Formen der außerunterrichtlichen Beschäftigung zusammengeführt werden, nicht mehr gebraucht würde), dann endgültig von der Tagesschule (vgl. HONECKER 1964; LINDNER 1964).

Damit war jedoch das Ziel, Kinder und Jugendliche in ihrem Freizeitbereich

¹⁴ Um den Forderungen nach radikalen Kürzungen im Volkswirtschaftsplan nachkommen zu können, plante man, die Aufnahmehzahlen an den 10klassigen Oberschulen wie die Abiturientenzahlen zu reduzieren, die Unterhaltsbeihilfen für Oberschüler zu kürzen und das Schulneubauprogramm zu stoppen. (ZPA IV 2/905/24). Auch das 1962 begonnene Programm, die Berufsgrundausbildung in die 10klassige Oberschule vorzuverlegen, begründet sich primär aus ökonomischen Zwängen und bedeutete letztlich die Zurücknahme der 10-Klassen-Schule, wogegen Minister LEMMNITZ in einem Brief an HAGER energisch protestierte. (ZPA IV 2/905/26)

möglichst lückenlos zu betreuen, nicht aufgegeben worden. Schon im Frühjahr 1962 bildete die Abteilung Volksbildung beim ZK der SED im Auftrag des Politbüros eine „Brigade“, welche „die Arbeit mit Kindern in einem Industrie- und einem Landkreis“ untersuchen sollte. Ziel der Befragung war es herauszufinden,

„welche spezifischen Formen und Methoden der außerunterrichtlichen Arbeit geeignet sind, um die politisch-moralische, weltanschauliche, kulturelle und körperliche Erziehung der Kinder sowie die ganztägige erzieherische Einwirkung auf sie zu sichern und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Inbesondere ist festzustellen, wie die Selbsttätigkeit der Kinder entwickelt, ihre Fähigkeiten und Talente gefördert, die Arbeit mit den Kindern im Wohngebiet gestaltet und die kulturellen und sportlichen Einrichtungen der sozialistischen Betriebe und Massenorganisationen genutzt werden.

Durch Aussprachen mit Kindern der verschiedenen Altersstufen ist zu untersuchen, wie sie ihre Freizeit gestalten und wer ihnen Anregungen für eine interessante und sinnvolle Tagesgestaltung vermittelt. Dabei sind die ideologischen Quellen und Methoden der gegnerischen Beeinflussung der Kinder, die zu Rowdytum und Bandenbildung führen, zu untersuchen.“ (ZPA IV 2/905/47)

Die für die durchzuführende Analyse¹⁵ hieran anschließende Problemdifferenzierung wie auch die Zusammensetzung der „Brigade“¹⁶ lassen bereits das neue Konzept der SED-Führung für die außerschulische Bildung und Erziehung

15 „1. Welche Interessen und Anregungen sind bei den Kindern der verschiedensten Altersstufen vorhanden, um sie auf interessante Weise zu bestätigen? Wie ist das Verhältnis der organisierten Freizeit zur individuellen Freizeit? Welche Probleme treten dabei auf?

2. Welche Arbeit leistet die Schule mit den Eltern im Hinblick auf die Verbindung des Unterrichts mit dem Leben, die Erhöhung der Lernergebnisse und die staatsbürgerliche und patriotische Erziehung? In welcher Weise werden die Schüler an den Nachmittagen außerunterrichtlich durch die Schule betreut? In welcher Weise ist die Arbeit des Hortes schon eng mit der Schule verbunden?

3. Wie ist die Zusammenarbeit des Elternhauses mit der Schule, der FDJ und der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ entwickelt? Welche Probleme gibt es bei den Eltern in bezug auf die Erziehung ihrer Kinder? Welche Hilfe und Unterstützung erhalten die Eltern für die richtige Erziehung ihrer Kinder?

4. Welche Unterstützung erhalten die Schüler durch die FDJ, die Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ und die außerschulischen Einrichtungen beim Lernen? Wie wirken diese Organe auf die ganztägige Erziehung der Kinder ein? Welche Hilfe geben sie den Kindern für die sinnvolle Freizeitgestaltung? – a) an Abenden (Klubhäuser und andere Einrichtungen der Jugend und der Massenorganisationen), b) an Sonn- und Feiertagen, c) während der Nachmittage (die Arbeit mit den Kindern im Wohngebiet). Wie wird durch die Nationale Front die Erziehungs- und Bildungsarbeit der Schule, der FDJ und der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘ unterstützt?

5. Welchen Einfluß nehmen die sozialistischen Betriebe und die Genossenschaften auf die sozialistische Bildung und Erziehung der Kinder? Insbesondere sind die Probleme der erzieherischen Einflußnahme der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften zu untersuchen.

6. Wie werden die Sportstätten für die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen genutzt? Wie ist der außerschulische Sport unter den Kindern entwickelt, und welchen Einfluß nehmen der DTSB, die Schule, die FDJ und die Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann‘?

7. Welchen Einfluß nehmen die kulturellen Einrichtungen auf die Erziehung und Bildung der Kinder (Theater, Kinos, Bibliotheken)? Wie ist die Zusammenarbeit mit Künstlern und Wissenschaftlern? Welche Hilfe und Unterstützung geben Presse, Funk und Fernsehen für die Arbeit mit den Kindern? Wo arbeiten sie selbst mit den Kindern?“ (ZPA IV 2/905/47)

16 „2 Genossen der Abteilung Volksbildung beim ZK, 1 Genosse der Abteilung Jugend beim ZK, 1 Genosse der Abteilung Kultur beim ZK, 1 Genosse der Arbeitsgruppe Sport beim ZK, 2 Genossen des Ministeriums für Volksbildung, 2 Genossen der Zentrallleitung der Pionierorganisation, 1 Genosse des Staatl. Komitees für Körperkultur und Sport, 1 Genosse des DTSB“ (ebd.).

erkennen, ein Konzept, welches letztlich bis zum Ende der DDR beibehalten wurde. Im Zusammenspiel verschiedenster Einrichtungen und Organisationen, koordiniert durch die jeweiligen staatlichen und SED-Leitungen, sollte eine möglichst umfassende Betreuung der Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Kernstück dieses Konzeptes bildeten dabei die Horte (die für Kinder der Klassenstufen 1–4 wochentags von 6.00–18.00 Uhr geöffnet waren), die Arbeits- und Sportgemeinschaften (die sowohl durch Schulen als auch durch Betriebe, staatliche Stellen und gesellschaftliche Organisationen geleitet wurden) wie auch die Pionier- und FDJ-Veranstaltungen (die mindestens einmal wöchentlich stattfanden) und die Jugendklubs (die man zunächst in den Schulen, Lehrausbildungsstätten und Hoch- und Fachschuleinrichtungen, später auch in Wohngebieten einrichtete). An den grundsätzlichen Zielen, die die Parteiführung mit der staatlich organisierten Betreuung von Kindern und Jugendlichen nach dem Unterricht verband, hatte sich mit dem neuen Konzept nichts geändert. Nach wie vor sollten sowohl Mütter als Arbeitskräfte gewonnen als auch die Bildungsaufgabe der Schule unterstützt¹⁷ und die sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen gesichert werden, wobei jede dieser Einrichtungen (wenn auch in unterschiedlichem Maße) allen drei Zielstellungen entsprechen sollte.

Archivalien

Zentrales Parteiarchiv (ZPA) bei der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“.

Literatur

ANWEILER, O.: Schulpolitik und Schulsystem in der DDR. Opladen 1988.

Beiträge: Beiträge zur ganztägigen Bildung und Erziehung. Berlin 1964.

Bericht: Bericht des Zentralkomitees an den VI. Parteitag. Berlin 1963.

Beschluß: Die sozialistische Umwälzung auf ideologischem und kulturellem Gebiet. In: Für den Sieg der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und der Kultur. Aus dem Beschluß des V. Parteitags der SED. Berlin 1958.

DLZ (Deutsche Lehrerzeitung) 14–17/1960.

DREWELOW, H.: Die Schule der Zukunft. Berlin 1962.

Gesetz: Gesetz über den Siebenjahrplan vom 1.10.1959. Berlin 1959.

GÜNTHER, K.-H./UHLIG, G.: Geschichte der Schule in der Deutschen Demokratischen Republik 1956–1971. Berlin 1974.

HAGER, K.: Im Geist der Konferenz ans Werk gehen. Schlußwort. In: Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus – Schulkonferenz der SED, 24.–25. April 1958 in Berlin. Interne Parteimaterialien (IPM) 1958.

HONECKER, M.: Für eine höhere Qualität der sozialistischen Bildung und Erziehung. In: DLZ 50/1964.

IPM: Erzieht aktive Erbauer des Sozialismus – Schulkonferenz der SED, 24.–25. April 1958 in Berlin. Interne Parteimaterialien (IPM) 1958.

17 Hier zeichnete sich nach 1962 im Zusammenhang mit der Bildung von Spezialschulen und der Diskussion um die Begabtenförderung eine neue, zusätzliche Zielstellung ab. Insbesondere mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften hoffte man, differenzierte Fördermöglichkeiten neben der Einheitsschule gefunden zu haben.

- Kommuniqué: Von der Tagung der Schulkommission beim Politbüro des ZK der SED: Schrittweiser Übergang zur Ganztageserziehung, Communiqué. In: DLZ 16/1960.
- LANGE, F.: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik. Referat auf dem V. Pädagogischen Kongress. In: Aufgaben und Probleme der deutschen Pädagogik – Aus den Verhandlungen des V. Pädagogischen Kongresses. Leipzig 1956.
- LINDNER, W.: Wie soll es weitergehen? Gedanken zur Entwicklung der ganztägigen Bildung und Erziehung. In: DLZ 34/1964.
- LINDNER, W.: Zur geschichtlichen Entwicklung der Tagesschule in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Jahrbuch 68 des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts. Berlin 1968.
- Materialien Hortkonferenz: Materialien der zentralen Konferenz zu Fragen der Horterziehung in der DDR vom 28.–30.6.1956 in Magdeburg. (Hortkonferenz). Manuskriptdruck.
- NEUGEBAUER, W.: Von der Tagung der Schulkommission beim Politbüro des ZK der SED: Schrittweiser Übergang zur Ganztageserziehung. Schlußwort des Gen. NEUGEBAUER und Diskussionsbeiträge zur Ganztageserziehung. In: DLZ 15/1960.
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: WALTER ULBRICHT: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1963.
- Schulordnung: Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen (Schulordnung). In: Die neue sozialistische Schule – Sache des ganzen Volkes. Berlin 1959.
- Schulthesen: Über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens der DDR. (Schulthesen). In: Die weitere Entwicklung der polytechnischen sozialistischen Schule in der DDR. Berlin 1959.
- Schrittweiser Übergang zur Ganztageserziehung. Diskussion. In: DLZ 17/1960.
- Schrittweiser Übergang zur Ganztageserziehung. Tagung der Schulkommission beim Politbüro des ZK der SED. In: DLZ 14/1960.
- Verordnung über Einrichtungen der vorschulischen Erziehung und der Horte vom 18.9.1952.
- WATERKAMP, D.: Handbuch zum Bildungswesen der DDR. Berlin 1987.

Abstract

From the school-political point of view the year 1960, in the GDR was marked by the campaign for a whole-day school. After the introduction of polytechnic instruction for all students, in 1958, and the implementation of the ten-year general and polytechnical school as the standard type, in 1959, all schools were to be turned into whole-day schools, in 1960, as a third step in the socialist reorganisation of the educational system. On the basis of files and documents as yet unexplored, the author inquires into the intentions the SED-leadership pursued with the propagation of the whole-day school and deals with the question why this project had already been given up by the end of the year 1960.

Anschrift der Autorin

Dr. Birgit Gebhardt, Technische Universität Dresden, Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft, Weberplatz 5, 01217 Dresden